**Zeitschrift:** Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art
**Band:** 62 (1975)
**Heft:** 1: Schulen = Ecoles

**Vorwort:** Kristenzeiten
**Autor:** D.P.

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 15.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Zu diesem Heft

# Krisenzeiten

Im Herbst 1973 begann man mit gemischten Gefühlen von einer möglichen Baurezession der nächsten Jahre zu sprechen. Zwölf Monate später haben sich die damals zaghaft angestellten Vermutungen bestätigt. Vom Rezessionstrend in der Bauindustrie wird sicher der Wohnungsbau, vor allem der Bau von Eigentumswohnungen, am meisten spüren. Die ersten negativen Auswirkungen der Krise könnten sich möglicherweise zuerst in den Agglomerationsgebieten ergeben, wo die unsicheren Aussichten, die noch gültigen antikonjunkturellen Massnahmen auf dem Baumarkt sowie die allgemeine Kapitalknappheit und -verteuerung die geplanten Weiterentwicklungen der Agglomerationsgemeinden in Frage stellen würden. Die Entität vorgesehener Bauvorhaben wird notwendigerweise nachgeprüft werden müssen. Beispielsweise die Ausführungsphase bereits im Bau befindlicher Schulbauten könnte in solchen Situationen verlangsamt oder auf den heute tatsächlich feststellbaren Bedarf eingeschränkt und die Projektierungsarbeiten neuer Baukomplexe aufgeschoben oder sogar annulliert werden. Der augenfällig kurz gewordene Wettbewerbskalender im vergangenen Jahr sowie die in Erfahrung gebrachten Daten über Bauprogramme mancher Gemeinden, Städte und Kantone deuten auf die oben umrissene kurzfristige Entwicklung hin. Auch Projektierungsaufträge als Weiterbearbeitungsstufe bei entschiedenen Wettbewerben konnten vorderhand von den Behörden nicht mehr vergeben werden.

## Von welcher Krise ist eigentlich die Rede?

Über das Ausmass, welches die nun fragmentarisch diagnostizierte Baukrise in der näheren Zukunft annehmen wird, wagt niemand zu Beginn des neuen Jahres Prognosen zu stellen. Dazu fehlen offenbar zu viele genaue Angaben über die sich verschlechternden wirtschaftlichen Umstände. Schon jetzt nimmt man aber an, dass die aus dem festgestellten Krisentrend sich ergebenden Auswirkungen bestimmt zu Umstrukturierungen im Baugewerbe führen werden. Über deren mutmassliche Natur und Tragweite sollten sich raschestens politische Behörden, Sozialpartner und Fachleute aus dem Finanz- und Wirtschaftssektor sowie der Baubranche sachlich auseinandersetzen.

Die kurzfristig angestellten Analysen zahlreicher Ökonomen zur aktuellen Konjunkturlage schliessen die Wahrscheinlichkeit eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs wie jenes zu Beginn der dreissiger Jahre aus. Der auf dem Inhalt solcher Mutmassungen ruhende vorsichtige Optimismus über die Weiterentwicklung der Situation sollte uns von einer objektiven Betrachtungsweise des gegenwärtigen Geschehens nicht abhalten. Sowohl resignierende, unsichere oder ängstliche Haltung den heranwachsenden Problemen gegenüber als auch Verhaltensweisen, die Verantwortungsunterschiebungen bezwecken sollen, sind zum jetzigen Zeitpunkt fehl am Platze.

Bedeutende Verringerungen des Personalbestandes in privaten Projektierungsbüros sind als erste Folge der angesetzten Rezessionsphase vorgenommen worden. Da das Baugewerbe, zusammen mit der Automobilbranche, momentan von der Konjunkturflaute am stärksten betroffen wird, ist zu befürchten, dass im Laufe der Krise in absehbarer Zeit weitere derartige Massnahmen, die der Arbeitgeber als unvermeidlich erklären würde, getroffen werden. Dadurch ergäben sich Ungleichheiten im Betroffensein, die zu sozialpolitischen und -psychologischen Konsequenzen führen könnten. Man sprach von Bauzeichnern, Bauführern, Bautechnikern und auch lohnabhängigen Architekten, welche als Opfer dieser Vorkehrungen kurz vor Jahreswechsel zu den künftigen Arbeitslosen zu zählen wären. In Zusammenhang auch mit dem daraus entstehenden menschlichen Problem sollte, jedoch von einer rein berufsbezogenen Ebene aus betrachtet, eine weitere Folgeerscheinung erwähnt werden: Seit Jahren bestehende qualitative Leistungsgruppen in Büros werden möglicherweise aufgelöst. Aber gerade unter derartigen Umständen soll bei den Architekten als Arbeitgebergruppe der Verantwortungssinn geweckt und das Bewusstsein gegenüber dem hervorgerufenen sozialpolitischen Problemkomplex gebildet werden, um den Versuch zu unternehmen, auf kollektiver Basis, mittels Unterstützung bestehender Verbandsstrukturen, andere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei ist nicht nur an die Weiterbeschäftigung ausgebildeter Arbeitskräfte zu denken, sondern auch an die Anzahl im kommenden Frühjahr ihre Lehre abschliessenden Jugendlichen, welche sich nun mit unsicherem Gefühl um einen Arbeitsplatz in ihrem Berufsbereich bewerben werden. Dass das Zustandekommen oder Scheitern solcher Initiativen – die von manchen als Paradox oder Utopie aufgefasst werden könnten – vom Ausmass der eingetretenen Arbeitslosigkeit abhängt, bleibt unbestritten. Gemeinschaftlich eingerichtete Arbeitsplätze sollen die strukturelle Grundlage zur Organisation einer Art Zentralstelle bilden als Umschlagplatz für problembezogene Aufgabenbereiche. Diese würden von der kritischen Analyse der durch begangene Versäumnisse im abgelaufenen Jahrzehnt entstandenen prekären Zustände in unserem Lebensraum bis zur Erforschung und Festlegung von neuen Bezugspunkten, an denen sich das Denken und die Handlung der Architekten und Planer orientieren und anpassen könnte, reichen.

Die seit Mitte der sechziger Jahre planlos zugenommene Bautätigkeit, die 1973 ihren Höhepunkt erreichte, hat Architekten und Planer zur routinemässigen Bewältigung ihrer Aufgaben gezwungen. Dies führte wiederum zu einer Verflachung des kreativen Niveaus. Dabei denken wir nicht allein an die gestalterische Leistung, obwohl auch diese unter dem Konjunktureinfluss gelitten hat. Im Produktions- und ausführungstechnischen Bereich hat der Architekt kaum wesentliche innovatorische Impulse zur Rationalisierung des Bauens geliefert. Forschungsbeiträge, aber vor allem programmatische Ideen zur Erhöhung des Qualitätsniveaus unserer gebauten und natürlichen Umwelt wurden lediglich von einzelnen, wenigen Gruppen geleistet bzw. der Öffentlichkeit zur Diskussion unterbreitet. Im Sog des rasant steigenden Produktionsrhythmus blieb auch der innovatorische Beitrag der Baustoff- und Bauteilindustrie im bescheidenen Rahmen. Hinzu kommt, dass die beabsichtigten Anstrengungen von der öffentlichen Hand in ungenügendem Masse unterstützt und gefördert wurden. Sachlich wenig fundierte, meist nur profitorientierte angestellte Bedarfsermittlungsberechnungen seitens der Privatwirtschaft, aber auch Sachzwangplanungen amtlicher Stellen wurden zu anspruchsvollen, überdimensionierten Bauleistungen umgewandelt. Eng damit verbunden sind auch Überschätzungen bei der Beurteilung des nun stark abgeflauten Konjunkturaufschwunges, die zu stärkeren Ausbauphasen der Produktionskapazitäten im Baugewerbe motiviert haben als die langfristigen Investitionsprogramme der Bauinvestoren tatsächlich hätten erlauben können. In der effektiven Überproduktion an erstellten Bauobjekten – durch den allgemein gestiegenen Wohlstand gefördert – als Folge von Bedarfsplanungen, die, ohne den wahren Bedürfnisbestand zu berücksichtigen, durchgeführt wurden, ist einer der Gründe des gegenwärtigen Geschehens zu suchen. Bei dieser Betrachtungsmöglichkeit könnte man die als alleinige Ursache dieser Entwicklung verantwortlich gemachte Ölkrise im Herbst 1973 als ein bequem gefundenes Alibi zur Verschleierung der eigentlichen Fehlerquellen verstehen.

In einer Art positivistischer Betrachtung könnte die nach dem Bauboom von 1971 bis 1973 nun in umgekehrte Richtung laufende Konjunkturphase die Voraussetzung zur Formulierung progressiverer Planungskonzepte und Ausführungsmethoden schaffen. Versuchen wir die Krisenzeit zu einer Zeit des Umdenkens zu benutzen. Der für 1976/77 prognostizierte Wiederaufschwung soll im Rahmen eines umorientierten Bedarfskontextes und Planungsbereichs seinen Anlauf nehmen. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen wir die begangenen Versäumnisse in ihrer Natur und Tragweite erkannt haben. Hier stellt sich wieder einmal die Frage nach der Verwendung des 1964, in einer damals ähnlichen Konjunktursituation, vom Bund freigegebenen Betrags von 10 Millionen Franken für Forschungsaufträge zwecks Entwicklung neuer Planungs- und Produktionsmethoden, die kurz- und mittelfristig auf dem Bausektor hätten Anwendung finden sollen. Der opportune Innovationsprozess fand denn auch nicht statt. Im Jahre 1964 fürchtete man eine mögliche Baurezession: sie wurde nicht bewältigt, sondern nur um ein Jahrzehnt hinausgeschoben. Heute ist sie mit anderen Dimensionen, als damals vermutet, eingetreten. Die Folgeerscheinungen werden dementsprechend schwerwiegender Natur sein. Aber auch die Ausbildungsstätten dürfen diesen Sachverhalt nicht mit indifferenzierter Haltung beobachten. In Anbetracht dessen sollen sie sich motiviert fühlen, Studienprogramme und Ausbildungsziele zu überprüfen und unter Umständen eine partielle Umorientierung, auf vorauszusehende zukünftige Berufsbedürfnisse ausgerichtet, kurzfristig in Angriff zu nehmen. Soweit unsere Bemerkungen zur aktuellen Konjunkturlage, die durchaus mit dem Terminus Krise benannt werden darf. Wir dürfen nicht vergessen, dass es auch um eine Krise unseres wirtschaftlichen Systems geht.

## Warten auf die «Mittelschule von morgen»

Das vorliegende Heft orientiert über aktuelle Erneuerungen von Unterrichtsformen, Programme zur Rationalisierung des Schulbaus, gesammelte Erfahrungen bei praktizierten jüngsten Reforminitiativen sowie neuerstellte Bauten auf dem Gebiet der Mittelschule. Seit mindestens fünfzehn Jahren dauert in der Schweiz die Diskussion über schul-

und bildungspolitische Fragen, wobei die bis jetzt am intensivsten geführte Auseinandersetzung die Reform der Mittelschule zum Objekt hatte. Ende des vergangenen Sommers wurde der im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren ausgearbeitete Expertenbericht zur «Mittelschule von morgen» in Form von 1000 Seiten Vernehmlassungsantworten von 70 verschiedenen Organisationen vorgelegt[1]. Eine ebenfalls von dieser Instanz eingesetzte Ad-hoc-Kommission ist beauftragt worden, sich mit der schwierigen Aufgabe der Auswertung der eingegangenen Antworten zu befassen. Die Lektüre der in den Presseorganen erschienenen Rezensionen über den Berichtinhalt lässt die Schlussfolgerung zu, dass ein baldiges Ende der erwähnten Diskussion keineswegs voraussehbar ist. Die Meinungen der interpellierten Interessenkreise über das vorgelegte Reformkonzept für die Mittelschule gehen stark auseinander. Das Spektrum der teilweise recht sachlich fundierten abgegebenen Stellungnahmen reicht von der als fragwürdig beurteilten Kommissionszusammensetzung über die vermisste Rücksichtnahme auf die ebenfalls dringend reformbedürftigen Primarschul- und Hochschulbereiche, die fehlende detaillierte Analyse des Ist-Zustandes der Mittelschulausbildung bis zum Protest des Verbandes der Schweizerischen Mittelschüler, welcher als Vertreter der «unmittelbar von einer Mittelschulreform Betroffenen» ungerechterweise im Meinungsbildungsprozess übergangen wurde. An reichem Diskussionsstoff zum aktuellen Thema fehlt es also nicht. In gleichem Masse sind zweifellos auch Reformabsichten vorhanden, und das ist als positiv zu bewerten. Die festgestellte Meinungsverschiedenheit der engagierten Gruppen dem Reformkonzept gegenüber zeigt aber einmal mehr, dass tatsächlich progressive und einschneidende Reformvorstellungen in der Schweiz noch schwer einzuführen sind. Dies soll keinen wundern, denn die altbekannte Praxis des helvetischen guten Kompromisses wird in unserem Lande als Verschleierung mangelnder Bereitschaft zum Experimentieren gehandhabt, vor allem dann, wenn die für eine mögliche Anwendung in Frage kommenden Reformmodelle jenseits der Landesgrenzen ihren Ursprung gehabt haben.

Während in den skandinavischen Ländern die «offene Schule» auf regionaler Ebene mit Erfolg erprobt wird und in der benachbarten Bundesrepublik Deutschland bereits eine kritische Bilanz der seit rund sieben Jahren eingeführten Gesamtschule gezogen wird, der Begriff «Ganztagsschule» in der Öffentlichkeit kein Fremdwort mehr darstellt und die dadurch zum Ausdruck gebrachte Betriebsform stark verbreitet ist, spricht man bei uns in Zusammenhang mit neuen bildungspolitischen Konzeptionen, durchgesetzten Schulreformen und progressiven Unterrichtsexperimenten immer noch vom einzigen Fall oder von der Ausnahme. Dabei ist ausserdem zu berücksichtigen, dass letztere vorwiegend auf der Basis privater Initiative verwirklicht werden konnte. Eine Erklärung zu dieser nicht gerade aufmunternden Sachlage in der Bildungspolitik und der Mittelschulreform kann teilweise durch die Tatsache gegeben werden, dass über den Begriff «Mittelschule von morgen» divergierende Auffassungen bestehen. Deshalb können Fragen wie «Welche ist eigentlich die Mittelschule von morgen?», «Ist sie nicht einfach die Gesamtschule?» oder «Welche Räume und Gebäude sind für die Mittelschule von morgen geeignet?» durchaus zu Recht gestellt werden. Vielleicht findet der Werk-Leser bei Lektüre der Beiträge und beim Durchschauen der Beispiele zum Thema «Tagesschule» von Ursula Rellstab und zum schwedischen Schulbauprogramm SAMSKAP für «offene Schulen», von Britt-Mari Mühlestein-Blom verfasst und zusammengestellt, wertvolle Ansätze zu einer möglichen Beantwortung der gestellten Fragen.

Zurückkommend auf den quantitativen Rahmen im Bereich der Mittelschulreform bestätigt die in der Herbstsession 1974 vom Tessiner Grossrat verabschiedete Mittelschulreform in einem gewissen Sinne die Bescheidenheit der Schulreformleistungen in der Schweiz. In der Tat ist das Tessin nach Genf und Wallis nun der dritte Kanton, dessen Regierung die Mittelschulreform als eine der wichtigsten ihrer Initiativen konkretisiert hat. Das heute noch hin und wieder von der Opposition angegriffene Genfer Modell «Cycle d'orientation» ist beinahe zwölf Jahre alt, während die Mittelschulreform des Kantons Wallis erst mit Beginn des neuen Schuljahres 1974 in Kraft getreten ist. Diesen eher negativen Feststellungen steht indessen ein umfangreicher Katalog an Architekturleistungen im Sekundarschulbau der letzten 25 Jahre gegenüber, dem es an guten Beispielen, die sogar Entwicklungsphasen auch auf internationaler Ebene gekennzeichnet haben, nicht mangelt. Der Schulbauboom des vergangenen Vierteljahrhunderts, lediglich äusserliches Zeichen vollbrachter Taten der öffentlichen Hand, über dessen Ausmass ein Beweisstück überall zu finden ist, verzeichnet, in Abhängigkeit von der gegenwärtigen Konjunkturlage, eine spürbare Verlangsamung.

Die auf den folgenden Seiten veröffentlichten Schulen stellen eine Auswahl an Beispielen dar, die mit Absicht getroffen wurde, um die Wertung des qualitativen Massstabes neuer Recherche im Schulbau heute sowohl auf architektonischer als auch auf betriebs- und ausführungstechnischer Ebene zu ermöglichen. Betrachtet man die im letzten Jahrzehnt erstellten Schulbauten auf der Basis des Verhältnisses Nutzungswert – technischer, finanzieller und formaler Aufwand, so könnte dieser Produktion die Alibifunktion übertragen werden, den neu entstandenen Stadtrandquartieren und Stadtrandgebieten ein Zeichen scheinbarer Umweltqualität zu verleihen. Von dieser gesamteindrücklichen Betrachtung abgesehen, weisen die veröffentlichten einzelnen Objekte folgende unserer Meinung nach wesentliche Entwurfsmerkmale auf:

Beim Gymnasium Münchenstein ist die Absicht, den räumlichen Bauorganismus nach Nutzungsbereichen zu sezieren, deutlich lesbar, wobei durch den Schnitt primär installationsabhängige von -unabhängigen Räumen differenziert werden. Die Ebenen mit hoher Installationseinrichtung sind bewusst für eine einzige Hauptnutzung bestimmt und übereinander addiert: dadurch wird diesem Funktionsbereich grössere inhaltliche und formale Bedeutung beigemessen. Dem Aufbau und der Koordination der Volumen sowie der Gestaltung von Gebäude- und Bauteilen liegt ein strenger disziplinierter Anwendungsversuch von Termini aus der architektonischen Sprache der *Englishness*, der neuesten britischen Architekturentwicklung, zugrunde[2].

Den interessantesten Aspekt bei der Schule Inwil Baar stellt die in technischer und schulbetrieblicher Hinsicht den Zweck erfüllende mobile Einrichtung zur Erweiterung bzw. Einteilung von Unterrichtsräumen dar. Die Anpassung des Nutzungswertes an die didaktischen Bedürfnisse der Schulgemeinschaft wird dadurch ermöglicht. Anhand dieses Beispiels wird hinsichtlich des Nutzungsoptimums die Zweckmässigkeit der Flächenkonzentration bewiesen und die das funktionelle Bezugssystem beeinflussende Flexibilitätsbedingung relativiert.

Sowohl das Schulzentrum Neuenegg als auch die Sekundarschule Muri bei Bern werden in dieser Werk-Nummer als ausgezeichnete Anwendungsbeispiele von bestehenden rationalisierten, anpassungsfähigen Schulbausystemen präsentiert. Bei beiden Objekten wurde mit zwei unterschiedlichen Manipulationsmöglichkeiten des Bausystems experimentiert. Durch Austausch von den zum System gehörenden Bauteilen mit von den Architekten in Material und Form anders gestalteten Bauelementen wurde versucht, eine dem Nutzer vertraute Atmosphäre zu schaffen. In Neuenegg erreichte man dieses Ziel vor allem durch vermehrte Anwendung von Holzelementen für Zwischenwände und Deckenverkleidungen. Wenig empfindliche Materialien wie beispielsweise gestrichene oder kunststoffbeschichtete Spanplatte als Verkleidung der Sandwichpaneele gelangten in Muri zur Anwendung. Auf der Wandoberfläche wird gezeichnet, gemalt, werden Bilder aufgehängt und Fotos aufgeklebt. Die Atmosphäre im Innern des Schulhauses wird dadurch auch immer wieder verändert. Das Schulhaus als Ganzes ist benutzbar. In beiden Schulen hat der technifizierte Charakter des genormten Bausystems durch die angewendeten Manipulationsmittel merklich an Bedeutung verloren.

In verschiedenen Zeitabschnitten wurden in Morbio, Giubiasco, Agno und Losone die Erstetappen der vom Regierungsrat des Kantons Tessin an drei Architekten und eine Firma aus dem Vorfabrikationssektor direkt in Projektierungs- und Ausführungsauftrag gegebenen Sekundarschulen in Betrieb genommen. Es handelt sich dabei um die ersten Realisierungen des in Zusammenhang mit der allerdings noch nicht in Kraft getretenen Mittelschulreform aufgestellten kurzfristigen Schulbau-Teilprogramms des Kantons. Diese Schulgebäude sollen nun die Rolle eines «Versuchskaninchens» übernehmen, indem sie einer von der Behörde angekündigten Testphase in bezug auf betriebstechnische, konstruktive, wirtschaftliche und architektonische Aspekte unterzogen werden. Qualitäten und Mängel sollen untersucht und miteinander verglichen werden. Die durch die Analyse ermittelten Werte sollen als Grundlage zur Ausarbeitung von Planungsrichtlinien für die Ausführung der weiteren vorgesehenen Bauvorhaben dienen. Als besonders schwierig wird sich der Kostenvergleich gestalten, denn diese das gleiche didaktische Konzept berücksichtigenden Experimentierschulen sind bewusst auf verschiedenen architektonischen und konstruktiven Voraussetzungen konzipiert worden. Ebenfalls verschieden waren die angewendeten Vergebungsmethoden für die Ausführungsarbeiten. Folglich kann abgeleitet werden, dass von diesen Bauten keine als Prototyp für spätere Realisierungen betrachtet werden darf. Zukünftig sollten neue Ideen für eine «in pädagogischer Hinsicht stimulierende Architektur»[3] im Rahmen öffentlich veranstalteter Projektwettbewerbe formuliert werden. Jeder Tessiner Architekt soll dabei die Möglichkeit erhalten, seinen Beitrag zu dem grossangelegten Sekundarschulbauprogramm des Kantons zu leisten. Die Architekten Tita Carloni, Professor an der Architekturschule der Universität Genf (EAUG), und Mario Borges, Lehrbeauftragter an der selben Schule, haben im einleitenden Heftteil die Präsentation der Tessiner Mittelschulreform und der oben genannten Bauten besorgt und dazu die kritischen Kommentare verfasst.

Es ist zu hoffen, dass wir nicht mehr länger auf die «Mittelschule von morgen» warten müssen. Wichtige Voraussetzung dafür ist aber, dass wir uns zuerst intensiv mit grundlegenden Fragen neuer Bildungsziele und -inhalte im Rahmen einer bildungspolitischen Gesamtkonzeption auseinandersetzen.

D.P.

[1]) Vgl. Richard Bauer, «Angst vor Schulreformen?». Aspekte der Bildungspolitik (I). In: Der Bund, Nr. 207, S. 3, Bern, 5. September 1974.

[2]) Vgl. Renato De Fusco, «Storia dell'architettura contemporanea», Universale Laterza 303, S. 383–395, Editori Laterza, Bari 1974.

[3]) Vgl. Paul Waltenspuhl, «Verso un'architettura pedagogicamente stimolante». In: La riforma della scuola media nel Ticino. Quaderni del «Corriere del Ticino», S. 72–76, Lugano 1974.